

Sondierungsergebnisse von:

CDU Wiesbaden
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Wiesbaden
FDP Wiesbaden
Volt Wiesbaden

Aus Verantwortung für Wiesbaden.

Gemeinsam. Verantwortungsvoll. Zukunftsorientiert.

Wiesbaden, den 14.06.2026



Kreisverband
Wiesbaden



Präambel

Wiesbaden steht vor großen Herausforderungen. Die angespannte finanzielle und wirtschaftliche Lage der Stadt, der notwendige Modernisierungsschub in der Verwaltung, die Folgen des Klimawandels und die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts verlangen klare Prioritäten und verlässliche politische Entscheidungen.

CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Volt wollen deshalb eine stabile und zukunftsorientierte Zusammenarbeit begründen. Uns verbindet der Anspruch, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger konstruktiv und lösungsorientiert zusammenzuarbeiten. Wir wollen Wiesbaden zukunftsfähig und lebenswert für alle gestalten, die städtischen Finanzen stabilisieren und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass unsere Stadt auch in Zukunft handlungsfähig bleibt.

Vier Parteien bringen unterschiedliche politische Perspektiven und Schwerpunkte in diese Zusammenarbeit ein. Darin liegt die Chance, ein breites Spektrum der Stadtgesellschaft abzubilden und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Unser Ziel ist eine verlässliche Zusammenarbeit, die unterschiedliche Interessen fair ausgleicht, klare Entscheidungen ermöglicht und Verantwortung auch in schwierigen Zeiten gemeinsam trägt.

Grundlage unserer Zusammenarbeit ist das gemeinsame Bekenntnis zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und einer offenen, vielfältigen Stadtgesellschaft. Wir stellen uns jeder Form von Ausgrenzung und Diskriminierung entschieden entgegen. Antisemitismus, Rassismus jeglicher Art, Queerfeindlichkeit und Sexismus haben in Wiesbaden keinen Platz. Jüdisches Leben ist ein selbstverständlicher und unverzichtbarer Bestandteil unserer Stadtgesellschaft. Wir wollen es schützen und stärken.

Dieses Sondierungspapier setzt Schwerpunkte. Wir haben uns auf die Bereiche fokussiert, bei denen es die größten Unterschiede zwischen den Partnern gibt und dort Lösungen gefunden. Es ist kein abschließender Katalog aller Themen, die für Wiesbaden von Bedeutung sind. Wir haben sämtliche Bereiche der Stadtpolitik im Blick und werden diese in den weiteren Koalitionsgesprächen intensiv bearbeiten.

Die stark angespannte finanzielle und wirtschaftliche Lage der Stadt verlangt nach pragmatischen Lösungen. Daher stellen wir alle Maßnahmen unter den Vorbehalt ihrer Finanzierbarkeit. Wir wollen Ideen nicht nach ihrer politischen Herkunft bewerten, sondern sie auf Grundlage klarer Kriterien beurteilen. Maßnahmen müssen wirksam, umsetzbar und finanzierbar sein. Darüber hinaus sollen sie sicher, sozial ausgewogen und ökologisch nachhaltig gestaltet werden.

Bei allen Maßnahmen werden wir eine besondere Bedeutung auf die Finanzierbarkeit durch die öffentliche Hand und die Belastung privater Haushalte legen. Neue Verpflichtungen werden wir sorgfältig daraufhin prüfen, ob sie langfristig tragfähig sind und die Menschen in Wiesbaden nicht überfordern. Dabei gilt: Finanzielle Verantwortung bedeutet nicht, ökologische und soziale Standards aufzugeben. Klimaschutz, Klimaanpassung und sozialer Zusammenhalt müssen zugleich so gestaltet werden, dass sie dauerhaft wirksam, bezahlbar und gesellschaftlich tragfähig sind.

Wir verbinden ökologische, soziale und wirtschaftliche Verantwortung miteinander. Hierfür müssen wir insbesondere auch die Wirtschaft stärken, Innovation ermöglichen und den Standort Wiesbaden attraktiv weiterentwickeln. Entscheidungen treffen wir für unsere Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger unter Berücksichtigung ihrer Lebenswirklichkeit. Grundlage unserer Entscheidungen sind Daten, wissenschaftliche Erkenntnisse, Praxiserfahrungen anderer Kommunen und regelmäßigen Wirkungskontrollen.

So wollen wir Wiesbaden gemeinsam pragmatisch, verantwortungsvoll und zukunftsorientiert gestalten.



Inhalt

Verkehr	5
Stadtentwicklung	8
Finanzen	9
Digitalisierung	10
Wirtschaft	11
Sicherheit	12
Soziales	13
Klima und Umwelt	15



Verkehr

Mobilität ist ein zentraler Bestandteil des täglichen Lebens in Wiesbaden. Wir wollen sie sicher, leistungsfähig, bezahlbar und klimaverträglich weiterentwickeln. Dabei berücksichtigen wir die unterschiedlichen Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmenden - egal, ob mit Auto, Rad, zu Fuß oder ÖPNV - und wollen bestehende Zielkonflikte pragmatisch lösen. Maßnahmen bewerten wir anhand klarer Kriterien: Sicherheit, Leistungsfähigkeit, Klimawirkung, Finanzierbarkeit und soziale Auswirkungen. Unser Ziel ist eine verlässliche Verkehrspolitik, die tragfähige Lösungen schafft und die Erreichbarkeit und Lebensqualität in unserer Stadt für alle verbessert.

Fokus auf Stärkung der bestehenden Schienenverbindungen

In den nächsten fünf Jahren soll der Fokus auf der Stärkung der bestehenden bzw. festgeplanten Schienenverbindungen und der Verbesserung der Verbindungsqualitäten liegen. Die Aartalbahn soll reaktiviert werden und die Ländchesbahn gemäß der Ostfeldplanungen ertüchtigt werden. Der S-Bahn-Halt in Kostheim soll vorangetrieben werden.

Gemeinsam wird der Druck erhöht

1. auf den Bund, um eine zügige Umsetzung der Wallauer Spange zu erreichen
2. auf den RMV, um die Probleme bei der RB10/VIAS insbesondere bei Kapazität und Zuverlässigkeit in den Griff zu bekommen.

Für alle Schienenprojekte sollen Fördermittel von Bund, Land und EU konsequent genutzt werden.

ESWE Verkehr

ESWE Verkehr wurde mit der Fokussierung auf das Kerngeschäft (Busbetrieb) in den letzten Monaten deutlich stabilisiert. Den Weg der Stabilisierung wollen wir fortsetzen. Dennoch stehen große Herausforderungen in dieser Wahlperiode an. Dies betrifft zunächst die Umsetzung des Basisnetzes aus dem neuen Nahverkehrsplan. Das Basisnetz werden wir wie geplant umsetzen, wobei insbesondere auf eine gute - auch vorbereitende - Kommunikation geachtet wird, um den Umstieg für alle Busnutzenden vom alten Busnetz auf den neuen Nahverkehrsplan möglichst reibungslos zu ermöglichen. Die Umsetzung des Zielnetzes inklusive der Prüfung der Wiedereinführung der Ostlinien wird grundsätzlich angestrebt. Gleichzeitig prüfen wir in diesem Zusammenhang nochmals On-Demand Verkehre, um Kosten zu reduzieren. Die Weiterentwicklung des Nahverkehrs erfolgt datenbasiert anhand von Fahrgastzahlen, Auslastungen, Erreichbarkeit und Nutzerzufriedenheit. Wir stärken die Eigenverantwortung von ESWE Verkehr und übertragen entsprechende Entscheidungen (z.B. über Strafanzeigen bei Fahrten ohne gültigen Fahrschein) wieder in die operative Zuständigkeit des Unternehmens.

Eine weitere Herausforderung ist die Schaffung eines neuen Betriebshofes. Hier ist eine vollständige Verlagerung auf einen neuen Standort zu prüfen, um die wertigen Flächen sinnvoller zu nutzen. Mögliche Einnahmen könnten zur Gegenfinanzierung des neuen OBH herangezogen werden.

Der städtische Zuschuss zu ESWE Verkehr soll so gehalten werden, dass es nicht mehr zu Streichungen bzw. Ausdünnungen im Busverkehr kommt.

Das vergünstigte Schülerticket wollen wir erhalten.

Tempo 30/40 in der Innenstadt

Tempo 40 soll bedarfsgerecht bestehen bleiben. Das heißt, in reinen Wohnstraßen oder Straßen mit besonders intensiver Wohnbebauung ist das Bestehenbleiben von Tempo 40 angedacht. Gerade bei Ausfallstraßen ist dies allerdings kritisch zu sehen und eine Rückkehr zu Tempo 50 zu prüfen. Dabei wird der Lärmaktionsplan berücksichtigt. Auf Hauptverkehrsachsen werden Geschwindigkeiten regelmäßig hinsichtlich Sicherheit, Verkehrsfluss, Lärmschutz und Aufenthaltsqualität überprüft. Ziel ist eine einheitliche Regelung pro Straßenzug, um den Schilderwald zu reduzieren. An Gefahrstellen vor Schulen, Kitas, etc. sowie in reinen Nebenstraßen gilt weiterhin Tempo 30.

Schwalbacher Straße

Der Umbau der Schwalbacher Straße wird fortgesetzt und der Boulevard auf der östlichen Seite umgesetzt, soweit die Finanzierbarkeit der Maßnahme gegeben ist. Eine leistungsfähige Verkehrsführung für alle Verkehrsträger ist sicherzustellen. Ziel ist ein funktionierender Verkehrsfluss, ein attraktiver Boulevard und eine sichere Führung für Fuß-, Rad-, Bus- und Autoverkehr. Eine Lösung mit jeweils zwei Pkw-Fahrspuren in beide Fahrtrichtungen ist zu gewährleisten. Es muss geklärt werden, wie mit einer etwaigen Baustelle an den Mauritius-Höfen umgegangen wird. Diese kann ggf. ein (Teil-)Moratorium erforderlich machen, was aber anhand der konkreten Planung und der Situation vor Ort zu entscheiden ist.

Rechtsabbieger vom 1. Ring

Das Rechtsabbiegen am Landeshaus wollen wir zeitnah wieder ermöglichen. Für die zu findende Lösung gilt: kein Eingriff in Grünstreifen, Umweltpur, Fußweg, MIV-Spuren. Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern muss gewährleistet sein.

Rheinstraße

Wir prüfen Varianten zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit des PKW-Verkehrs und der Sicherheit des Radverkehrs auf der Rheinstraße in Richtung Ringkirche. Dabei werden Auto-, Bus-, Rad- und Fußverkehr, Sicherheit, Klimawirkung und Kosten gleichwertig betrachtet.

Berliner Straße

Wir unterbrechen die Pfortnerung und evaluieren über einen längeren Zeitraum die Auswirkungen auf den MIV und ÖPNV.

Anbindung Ostfeld

Die Schienenanbindung ist Auflage für die Realisierung des Ostfelds, verteuert das Projekt aber zusätzlich.

Folgende Varianten sollten vorrangig vertieft betrachtet werden (alphabetisch):

- Anbindung an die S-Bahn (Wiesbaden-Ost)
- Magnetschwebebahn bis zum Hauptbahnhof
- Neuer Halt an bzw. Abzweigung von der Ländchesbahn

Die Lösung soll langfristig leistungsfähig, wirtschaftlich tragfähig sowie förderfähig und mit den regionalen Verkehrsstrukturen kompatibel sein und ist kein Einstieg in ein Straßenbahnnetz.

Parkraum verantwortungsvoll steuern

Der Wegfall von Parkplätzen soll möglichst vermieden werden. Dies ist bei der Planung zu berücksichtigen. Sofern dies nicht möglich ist, soll Ersatz in der näheren Umgebung geschaffen werden (auch privatfinanziert), sodass in der Nettobetrachtung keine Parkplätze wegfallen. Gleichzeitig haben Sicherheit, Stadtgrün und Klimaanpassung Priorität.

Quartiersgaragen, digitale Parkraumbewirtschaftung und intelligente Parkleitsysteme sollen dazu beitragen, vorhandene Flächen effizienter zu nutzen. Wir bringen in der Legislaturperiode neue „Park & Ride Parkplätze/Parkhäuser“ auf den Weg und verbessern die Verknüpfung mit dem ÖPNV.

Wir prüfen, wie die Parkraumbewirtschaftung fair, digital und flächeneffizient verbessert werden kann. Hierzu werden wir prüfen, inwieweit wir die Gebühren für das Bewohnerparken auf die Parkgebühren in städtischen Parkhäusern anrechnen können.

Radverkehr nach Kriterien

Der Radverkehr wird dort verbessert, wo Lücken im bestehenden Wiesbadener Radwegenetz bestehen, Sicherheitsprobleme nachweisbar sind oder wichtige Alltagswege besser verbunden werden können. Vorrang beim weiteren Ausbau von Radwegen haben sichere, bezahlbare und schnell umsetzbare Lückenschlüsse. Dort, wo möglich, prüfen wir eine Entkoppelung von Auto- und Radverkehr. Der Radschnellweg zwischen Wiesbaden und Mainz wird realisiert sowie die Radverbindungen ins Wiesbadener Umland ausgebaut. Maßnahmen sollen dabei auf Grundlage von Daten, Nutzerverhalten und modernen digitalen Planungsinstrumenten entwickelt und bewertet werden.

Fußverkehr und sichere Wege

Die Sicherheit von Fußgängerinnen und Fußgängern, insbesondere von Kindern, älteren Menschen und Menschen mit Einschränkungen, wird stärker berücksichtigt. Schulwege, Querungen, Gehwege und Barrierefreiheit werden gezielt verbessert.

Zeit für schnelle Baustellen und besseres Baustellenmanagement

Wir wollen die Koordination und Beschleunigung der Baustellen verbessern. Dies erreichen wir über ein Team für Baustellenbeschleunigung und -koordination, wobei dieses stellenneutral gebildet wird und als Stabsstelle unmittelbar an das zuständige Dezernat angedockt wird. Dieses Team kontrolliert den Fortschritt der Baustellen und sorgt für eine entsprechende Koordination. Gleichzeitig wollen wir hier etwa über die Sondernutzungssatzung jedenfalls zusätzliche Anreize schaffen, um eine schnellere Fertigstellung der Bauvorhaben als ursprünglich geplant durch Bonuszahlungen zu

unterstützen. Auch Malusregelungen sind für uns denkbar - hier sind allerdings rechtssichere Regelungen zu finden. Wir prüfen die Einführung von Schichtmodellen auf Baustellen, um Maßnahmen schneller umzusetzen und Bauzeiten zu verkürzen.

Stadtentwicklung

Uns eint der Wille, unsere Stadt weiterzuentwickeln. Wir erkennen die Zielkonflikte zwischen der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und Gewerbefläche, dem Erhalt von unversiegelten Flächen sowie des Klimaschutzes und versuchen diese Zielkonflikte zu minimieren. Private wie städtische Projekte werden wir deshalb sowohl unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit/Bezahlbarkeit als auch aus der Klimafestigkeit betrachten.

Ostfeld

Die Wirtschaftlichkeit des Projekts muss im Blick behalten werden. Derzeit entwickeln sich die Zahlen in der KoFi in die falsche Richtung. Die Umsetzung der BKA-Planungen muss oberste Priorität haben.

Freiwerdende Flächen BKA und Landespolizei

Die Planungen für die freiwerdenden Liegenschaften von BKA und Landespolizei müssen so schnell wie möglich begonnen werden. Die Flächen sollen nicht allein dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden, sondern auch zur Ansiedlung von Gewerbe genutzt werden.

Innenentwicklung vor Außenentwicklung

Alle Potentiale zur Innenentwicklung müssen konsequent genutzt werden (Aufstockung, Nachverdichtung, Konversionsflächen, etc.).

Bezahlbares, ökologisches und soziales Bauen

Uns eint der Wunsch, in Zukunft ökologisch und bezahlbar zu bauen. Die Wirkungen von WiSoBoN und Baulandbeschluss sind den Partnern bewusst. Hier gilt es pragmatische Lösungen zu finden. Eine flexible Handhabung kann vor dauerhaft brach liegenden Flächen und nicht umgesetzten Projekten schützen.

Bebauungsdichte

Aufgrund des Flächenmangels und den hohen Kosten für Grund und Boden soll grundsätzlich so flächenoptimiert wie möglich gebaut werden. Bebauungspläne sollen die Dichtevorgaben (80 bzw. 50 WE/ha) erfüllen. Ausnahmen gelten, sofern ansonsten der Charakter des Quartiers und die ländlichen Siedlungsstrukturen dadurch verändert werden oder eine Abweichung aus klimatischen Gründen notwendig ist. Die Dichtevorgaben gelten erst ab Entwicklungen über 2 Hektar Entwicklungsfläche.

Entsiegelung

Möglichkeiten zur Entsiegelung sollen konsequent genutzt werden, z.B. bei Schulhöfen.

Flächenausweisung

Wir nutzen die Potenziale des Flächennutzungsplans konsequent, um zusätzlichen Wohnraum und wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen.

Das geplante Gewerbegebiet in Delkenheim wird ausgewiesen, um den dringend benötigten Raum für neues Gewerbe in Wiesbaden zu schaffen. Ebenso wird die gewerbliche Nutzung auf den bereits heute genutzten Flächen am Dyckerhoffbruch ausgeweitet. Dabei berücksichtigen wir auch Erschließung, Klimawirkung und Wirtschaftlichkeit.

Klimafeste Stadt

Bei allen größeren Bau-, Verkehrs- und Sanierungsprojekten werden Hitzevorsorge, Entsiegelung, Baumpflanzungen, Regenwassermanagement und Energieeffizienz von Beginn an mitgeplant und finanzierbar umgesetzt. Ziel ist nicht Symbolpolitik, sondern konkrete Umsetzung mit messbarer Wirkung.

Bezahlbares Wohnen für alle

Wiesbaden braucht dringend bezahlbare Wohnungen für alle. Das gilt für alle Lebensphasen: für Auszubildende, die hier starten wollen, für Familien und Alleinstehende ebenso wie für ältere Menschen, die in vertrauter Umgebung bleiben oder generationenübergreifend leben möchten. Wohnen hat eine essentielle Bedeutung und ist für uns Ausdruck der Lebensgestaltung und Verankerung in der Stadt. Eine wachsende Stadt lebt vom Beitrag vieler: von kommunalen und privaten Bauherren, von Genossenschaften, Betrieben und Initiativen, die neue Wohnformen erproben. Genossenschaftliches Wohnen sehen wir als wichtigen Ausdruck bürgerschaftlicher Selbstorganisation und wollen es gezielt stärken. Bei der Vergabe städtischer Flächen machen wir Qualität (z.B. städtebaulich) und Konzept zum Maßstab, damit Wohnungspolitik Quartiere schafft, in denen sich Menschen zuhause fühlen.

Finanzen

Wesentlicher Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung ist ein genehmigungsfähiger Haushalt. Zur Sanierung der städtischen Finanzen setzen wir auf konsequente Aufgaben- und Ausgabenkritik. Die Fehlbeträge bei defizitären Unternehmen und Eigenbetrieben sollen nicht weiter über die prognostizierten Defizite steigen, Einsparungspotentiale sind konsequent zu nutzen. Gebühren sollen grundsätzlich kostendeckend sein, Ausnahmen sind zu begründen. Um starke Anstiege zu vermeiden, sollen die Gebühren regelmäßig angepasst werden.

Zero Based Budgeting

Um die notwendigen Zukunftsinvestitionen zu stemmen, müssen erhebliche Einsparungsanstrengungen im Ergebnishaushalt erbracht werden. Wir werden deswegen gemeinsam mit der Verwaltung das Prinzip Zero-Based-Budgeting verankern und die Haushaltsplanung auf Nullbasis Schritt für Schritt auf alle Fachbereiche anwenden.

Prozessoptimierung und Effizienzsteigerung durch Digitalisierung

Wir erwarten durch konsequente Digitalisierung und den Einsatz von KI erhebliche Effizienzsteigerungen. Bei jeder frei werdenden Stelle muss deswegen ernsthaft geprüft werden, ob diese nachbesetzt werden muss. Doppelstrukturen sollen sowohl intern als auch in der Zusammenarbeit mit externen Partnern abgebaut werden.

Fördermanagement

Wir wollen das Fördermittelmanagement in der Stadtverwaltung besser aufstellen. Jeder Fördereuro erweitert die städtischen Handlungsspielräume.

Steuern

Wir wollen die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer stabil halten. Insbesondere bei der Gewerbesteuer sehen wir sämtliche Potentiale zur Erhöhung der Hebesätze ausgereizt. Bei einer Erhöhung droht eine Abwanderung großer Gewerbesteuerzahler, die zu einem sinkenden Gewerbesteueraufkommen führen könnte. Bei entsprechender Haushaltslage wird angestrebt, die Belastungen durch Grund- und Gewerbesteuer zu reduzieren.

Innerstädtische Großprojekte

Wir teilen die Auffassung, dass die leerstehenden bzw. zwischengenutzten städtischen Immobilien in und um die Fußgängerzone schnellstmöglich mit Leben gefüllt werden. Wir wollen daher zügig zu Entscheidungen kommen und präferieren dabei privatwirtschaftliche Lösungen, deren Hauptlast nicht im städtischen Haushalt liegt.

Beteiligungen

Wir bilden eine gemeinsame Arbeitsgruppe, die die städtischen Beteiligungen, ihre Anzahl, den Beteiligungskodex sowie das jeweilige Aufgabenspektrum der Gesellschaften überprüft und konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet. Ergebnisse sollen bis spätestens Sommer 2027 vorliegen.

Digitalisierung

Wir wollen Wiesbaden von innen modernisieren. KI übernimmt Routineaufgaben, damit Mitarbeitende sich um das kümmern können, was wirklich Aufmerksamkeit braucht. Alle wichtigen Behördengänge können auch digital erledigt werden, einfach, barrierefrei und auf Wunsch mehrsprachig. Bürgernahe Dienstleistungen sollen dabei möglichst zentral, serviceorientiert und nutzerfreundlich organisiert werden. New Work schafft flexible Arbeitsplätze und gibt Flächen zur Abmietung frei. In fünf Jahren ist Wiesbaden die Kommune, die anderen zeigt, wie digitale Verwaltung geht und ihre digitale Kompetenz als Vorsprung bei der Ansiedlung von Unternehmen und Fachkräften für die Verwaltung nutzt.

Fully remote

Um unsere Stadtverwaltung in Mangelberufen als Arbeitgeber attraktiver zu machen, wollen wir bestimmten Berufsgruppen ermöglichen, künftig "fully remote" zu arbeiten, z.B. in der IT oder im Justizariat.

Digitale Infrastruktur und IT-Sicherheit

Digitalisierung braucht sichere und verlässliche Grundlagen. Deshalb werden Maßnahmen zur Stärkung der IT-Sicherheit konsequent umgesetzt und die digitale Resilienz der Stadtverwaltung weiter ausgebaut.

Digitale Bildung

Wir investieren in zukunftsfähige Lernorte, die soziale Teilhabe und Bildungserfolge unabhängig der sozialen Herkunft ermöglichen und werden hierzu die Bildung weiter digitalisieren.

Wir fördern digitale Lehrkompetenz und Bildungskonzepte durch gezielte Maßnahmen und bauen die Medienbildung – einschließlich eines verantwortungsvollen Umgangs mit Künstlicher Intelligenz (KI) – bei Lernenden und Lehrkräften nachhaltig aus.

Unter anderem werden wir weiterhin die teil-elternfinanzierte Ausstattung der Lernenden mit persönlichen iPads fortführen.

Nach Frankfurter Vorbild wollen wir mit Mitteln aus der Privatwirtschaft und der KfW-Förderung auch in Wiesbaden ein Tumo-Zentrum realisieren.

Datenqualität und Künstliche Intelligenz

Eine hohe Datenqualität ist die Grundlage für effiziente Verwaltungsabläufe, datenbasierte Entscheidungen und den mutigen Einsatz von Künstlicher Intelligenz. Deshalb sollen Datenbestände weiter vereinheitlicht, redundante Daten reduziert und Datenstrukturen verbessert werden.

Wirtschaft

Aktive Unternehmensansiedlung

Wir werben aktiv für Wiesbaden – im In- und Ausland und wollen unsere verbleibenden Gewerbeflächen dazu nutzen, herausragende Unternehmen in unserer Stadt anzusiedeln, die gute Jobs und eine hohe Wertschöpfung in unsere Stadt bringen. Dazu möchten wir auch die internationale Platzierung Wiesbadens in europäischen und internationalen Netzwerken und Partnerschaften fortführen und stärken.

Innenstadt

Wir arbeiten gemeinsam daran, unsere Innenstadt attraktiver zu gestalten. Dazu müssen die Menschen gerne in unsere Stadt kommen wollen. Wir streben deswegen eine gesunde Mischung aus Shopping, Gastronomie sowie Kultur- und Freizeitangeboten an. Jede Besucherin und jeder Besucher soll sich in der Innenstadt wohlfühlen. Deswegen werden wir die Klimaanpassungsmaßnahmen in der Stadt vorantreiben und das Sicherheitsgefühl – insbesondere in den Abend- und Nachtstunden stärken. Wir stärken das bestehende Citymanagement als zentrale Koordinierungs- und Schnittstellenstruktur der Innenstadtentwicklung.

Veranstaltungen mit regionaler und überregionaler Strahlkraft leisten einen wichtigen Beitrag zur Belebung der Innenstadt sowie zur Attraktivität Wiesbadens als Einkaufs-, Kultur- und Erlebnisstandort und wir wollen sie weiter fördern.

Zur Stärkung der Attraktivität und Erreichbarkeit der Innenstadt werden wir gemeinsam mit dem Einzelhandel kundenfreundliche Parkangebote weiterentwickeln.

Gründerförderung

Wir fördern weiterhin das Gründerzentrum im Alten Gericht und wollen ein noch attraktiverer Gründungsstandort werden, insbesondere für Ausgründungen aus unseren Hochschulen. Auch setzen wir uns für mehr bezahlbare und attraktive Flächen für Start-Ups und kreative Unternehmen ein.

Unterstützung der lokalen Wirtschaft

Die beschlossene Handwerksagenda werden wir weiter umsetzen und weiterentwickeln. Wir wollen die städtische Bürokratie abbauen, das Unternehmenskonto für die Stadtverwaltung realisieren und prüfen, ob wir uns als mittelstandsfreundliche Kommune zertifizieren lassen können. Die Wiesbadener Industrie wollen wir in ihrem Transformationsprozess unterstützen.

Sicherheit

Wir entwickeln gemeinsam mit Landes- und Stadtpolizei, Suchthilfe und den zuständigen Fachstellen ein integriertes Konzept zum Umgang mit konsumbezogenen Problemlagen im öffentlichen Raum. Dabei sollen ordnungspolitische, präventive und sozialarbeiterische Maßnahmen sinnvoll miteinander verbunden werden.

Wir entwickeln ergänzende Maßnahmen zur Vermeidung diskriminierendem Vorgehens und zur Stärkung diskriminierungsfreier Sicherheitskonzepte. Wir prüfen auf Grundlage fachlicher Empfehlungen von Landes- und Stadtpolizei den bedarfsgerechten Ausbau von Videoschutzanlagen an kriminalitätsbelasteten Orten und stärken dabei auch deren präventive Wirkung durch eine bessere Sichtbarkeit im öffentlichen Raum. Videoschutz soll dabei mit aufsuchender Sozialarbeit sowie präventiven Maßnahmen verbunden werden.

Wir stärken die Stadtpolizei in Sichtbarkeit, Ausbildung, Ausstattung und Deeskalationsfähigkeit. Maßnahmen im öffentlichen Raum erfolgen lagebezogen, rechtsstaatlich, diskriminierungsfrei und in Verbindung mit Prävention, Sozialarbeit und Suchthilfe.

Wir wollen die Aufenthaltsqualität und das Sicherheitsgefühl am Platz der Deutschen Einheit erhöhen und prüfen hier gemeinsam mit den zuständigen Behörden alle geeigneten und rechtssicheren Maßnahmen wie z.B. die Wiedereinführung der Alkoholverbotzone und sozial begleitende Programme.

Wir erarbeiten ein Beleuchtungskonzept zur Reduzierung von Angsträumen und zur Verbesserung von Sicherheit und Aufenthaltsqualität in den Abendstunden. Wir setzen Maßnahmen zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls an Bushaltestellen um.

Wir führen die bestehende Waffenverbotszone fort und prüfen mögliche Erweiterungen in Abstimmung mit Landes- und Stadtpolizei lageabhängig und auf Grundlage aktueller Sicherheitsbewertungen und wissenschaftlicher Expertise.

Versenkbare Poller sollen konsequent umgesetzt werden, um sensible Bereiche besser, flexibler und auch optisch ansprechender zu schützen.

Wir streben an, gemeinsam mit ESWE-Verkehr ein Aktionsbündnis „Sicherheit in Bussen“ zu initiieren, mit Fokus auf Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung.

Feuerwehr/KRITIS/Katastrophenschutz

Wir stärken Feuerwehr, Rettungsdienst, Hilfsorganisationen und Katastrophenschutz als zentrale Säulen der öffentlichen Sicherheit. Hierzu gehören eine bedarfsgerechte personelle und materielle Ausstattung, moderne Fahrzeuge und Infrastruktur sowie die schrittweise Sanierung und Weiterentwicklung von Feuerwachen und Gerätehäusern. Wir fördern die Gewinnung und Qualifizierung ehrenamtlicher Einsatzkräfte und stärken die Freiwilligen Feuerwehren und ihre Nachwuchsorganisationen als unverzichtbaren Bestandteil der Gefahrenabwehr.

Angesichts zunehmender Extremwetterereignisse und neuer Krisenlagen entwickeln wir den kommunalen Bevölkerungsschutz konsequent weiter, überprüfen regelmäßig Notfall- und Einsatzpläne und bauen Warn- und Kommunikationssysteme aus.

Die Resilienz kritischer Infrastrukturen in den Bereichen Energie, Wasser, Gesundheit und Kommunikation soll gestärkt werden. Dabei setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit aller Einsatz- und Hilfsorganisationen sowie auf die Stärkung der Krisenvorsorge und Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung. Trotz gesteigener Anforderungen für Sicherheitsmaßnahmen wollen wir dafür sorgen, dass die Vereine weiterhin lokale Feste, Kerben etc. durchführen können.

Soziales

Wir verfolgen das Ziel, Wiesbadens Potential als familienfreundliche Stadt weiterzuentwickeln und Familien im Alltag spürbar zu entlasten. Wiesbaden soll eine Stadt sein, in der Menschen in Notlagen nicht im Stich gelassen werden und städtische Unterstützung dort ankommt, wo sie wirklich gebraucht wird.

Maßstab unserer Politik ist die Wirkung: Wir wollen Menschen frühzeitig stärken, damit sie ihren Alltag selbstbestimmt gestalten können, folgen dem Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe. Wir vertrauen darauf, dass Menschen ihr Leben aktiv gestalten wollen, und sehen die Aufgabe der Stadt darin, dafür verlässliche Voraussetzungen zu schaffen. Das verlangt einen sorgfältigen Umgang mit öffentlichen Mitteln – als Verantwortung gegenüber denen, die unsere Hilfe heute brauchen, und denen, die sie morgen brauchen werden.

Wir wollen die kommunalen Handlungsspielräume nutzen, um soziale Infrastruktur, Prävention und passgenaue, finanzierbare und wirksame Hilfen vor Ort zu stärken. Dazu gehört auch, Kinder und Jugendliche gezielt zu fördern und ihre Bildungs- und Entwicklungschancen zu sichern. Auch Auszubildende und Studierende sowie junge

Menschen ohne familiären Rückhalt sollen stärker in den Blick genommen und dort unterstützt werden, wo die Kommune wirksam helfen kann.

Freiwillige Leistungen

Freiwillige soziale Leistungen sollen regelmäßig hinsichtlich ihrer Zielerreichung, Wirkung und Finanzierbarkeit überprüft werden. Bei angespannter Haushaltslage sollen Maßnahmen priorisiert werden, die frühzeitig greifen und nachweisbar zur Vermeidung späterer kommunaler Pflichtleistungen beitragen. Es gilt der Grundsatz "Hilfe zur Selbsthilfe".

Sozialleistungen wirksamer steuern

Die Stadt soll prüfen, wie soziale Unterstützungsangebote stärker auf Qualifizierung, Arbeitsmarktintegration und eigenständige Lebensführung ausgerichtet werden können. Mit fachlicher Unterstützung wollen wir Wirksamkeit und Zielgenauigkeit überprüfen. Ziel ist es, Fehlsteuerung und Leistungsmissbrauch zu unterbinden und Hilfe da zu stärken, wo sie wirklich benötigt wird.

KiTas und Betreuung

Zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze sollen alle Trägerformen gleichberechtigt berücksichtigt und die Trägervielfalt ausgebaut werden. Insbesondere betriebliche, private und innovative Betreuungsangebote sollen bei der Schaffung zusätzlicher Kapazitäten stärker einbezogen werden.

Die Bedarfe von Familien hinsichtlich Betreuungszeiten sollen regelmäßig erhoben werden, damit auf dieser Grundlage Möglichkeiten für flexiblere Öffnungszeiten und zusätzliche Betreuungsangebote geprüft werden können.

Das Vergabesystem für Betreuungsplätze WIKITA soll zu einem zentralen digitalen Vergabeverfahren weiterentwickelt werden. Insbesondere sollen Mehrfachanmeldungen und Verwaltungsaufwand reduziert werden.

Wir investieren weiter in ein verlässliches und flächendeckendes Ganztagsangebot an den Wiesbadener Schulen, um den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern konsequent umzusetzen.

Jugend

Vorhandene Angebote zur Berufsorientierung sollen gebündelt und stärker an den Bedarfen des Arbeitsmarktes ausgerichtet werden. Bei der Schaffung neuen Wohnraumes werden wir gezielt auch die Bedarfe von jungen Menschen in den Blick nehmen.

Integration

Sprachförderung und Arbeitsmarktintegration sollen stärker miteinander verzahnt werden. Maßnahmen mit direktem Bezug zu Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung sollen prioritär berücksichtigt werden.

Bestehende Integrationsangebote sollen regelmäßig hinsichtlich ihrer Reichweite, Zielerreichung und Wirksamkeit überprüft und hinsichtlich des Bedarfs angepasst werden.

Förderlandschaft bündeln

Die bestehende kommunale Förderlandschaft für Träger und Institutionen soll auf Überschneidungen und Doppelstrukturen überprüft werden.

Klima und Umwelt

Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine zentrale Aufgabe kommunaler Politik. Wiesbaden soll klimafreundlich, resilient und lebenswert weiterentwickelt werden. Dabei wollen wir Klimaschutz, wirtschaftliche Vernunft, Versorgungssicherheit und soziale Ausgewogenheit miteinander verbinden. Ziel ist eine pragmatische und wirksame Umwelt- und Klimapolitik, die konkrete Verbesserungen für die Menschen schafft und gleichzeitig einen verantwortungsvollen Beitrag zu den nationalen und europäischen Klimazielen leistet.

Klimaziele erreichen

Wir bekennen uns zu den Klimazielen der LHW und werden auf der Grundlage des KLIMA_PLANs ein Umsetzungsprogramm für diese Wahlperiode erarbeiten, das diejenigen CO₂-Einsparmaßnahmen mit der höchsten Kosten-Nutzen-Effizienz priorisiert.

Klimaresilienz durch Klimaanpassungsmaßnahmen

Die Folgen des Klimawandels sind auch in Wiesbaden zunehmend spürbar. Hitzeperioden, Trockenheit und Starkregenereignisse erfordern eine klimaresiliente Stadtentwicklung. Entsiegelung, Begrünung, Beschattung, Wassermanagement und klimaangepasste Freiräume sollen deshalb stärker berücksichtigt werden, dabei findet das bereits geplante Schwammstadt-Prinzip Anwendung. Gleichzeitig sollen Grünanlagen, Parks, Friedhöfe und der Stadtwald als wichtige Bestandteile von Lebensqualität, Klimaschutz und Naherholung nachhaltig gesichert und weiterentwickelt werden. Ebenso soll der Hitzeschutz in Einrichtungen für Kinder und ältere Menschen sowie darüber hinaus für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen gesichert und weiterentwickelt werden.

Energiewende

Die Energiewende soll verantwortungsvoll, technologieoffen und finanzierbar gestaltet werden. Der Ausbau erneuerbarer Energien, die kommunale Wärmeplanung sowie energetische Sanierungen sowohl von den Wiesbadener Schulen, als auch des Mietwohnungsbestandes der GWW sollen vorangebracht werden. Dabei sollen Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit berücksichtigt werden. Wir unterstützen den Ausbau erneuerbarer Energien insbesondere im Bereich Photovoltaik und Solarthermie sowie lokaler und genossenschaftlicher Energieprojekte, hierbei soll auch eine Neuauflage der Bürgersolaranlagen geprüft werden.

Biodiversität und Stadtgrün

Wiesbaden verfügt mit Stadtwald, Parks, Bachläufen und Grünflächen über wertvolle natürliche Ressourcen. Deren Erhalt und Entwicklung ist eine kommunale Aufgabe, die wir aktiv wahrnehmen. Wir wollen Biodiversität im Stadtgebiet schützen, Grün- und Lebensräume vernetzen und die Stadt widerstandsfähiger gegen den Verlust von Arten machen. Teile der Wiesbadener Grünflächen sollen zu Blühwiesen umgewandelt werden.

Dabei verbinden wir Naturschutz mit Klimaanpassung, Aufenthaltsqualität und Stadtentwicklung. Maßnahmen werden auf Wirksamkeit und Finanzierbarkeit geprüft und wo möglich durch EU-, Bundes- und Landesmittel finanziert.

Wärmeplanung

Der Ausbau der Fernwärme ist ein zentraler Baustein für eine klimafreundliche Wärmeversorgung, v.a. in der Innenstadt und in Biebrich. Wir bekennen uns ausdrücklich zum weiteren Ausbau des Fernwärmenetzes.

Auf einen satzungsmäßigen Anschluss- und Benutzungszwang verzichten wir und vertrauen darauf, dass ein attraktives Angebot die Menschen aus eigener Überzeugung gewinnt.

Faire und transparente Preise sind uns ein wichtiges Anliegen. Damit aus dem natürlichen Monopol keine Nachteile für die Verbraucherinnen und Verbraucher entstehen, entwickeln wir ein Modell, das Wettbewerb ermöglicht und die Preisgestaltung im Bereich der Wiesbadener Fernwärme transparenter gestaltet und überprüfbar hält.

